

BUNDESFACHAUSSCHUSS

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Feministische Außenpolitik"- überflüssig wie ein Kropf: rechtswidrig, diskriminierend, lobbygesteuert.

Von Heinrich Haupt

Leiter des Bundesfachausschusses Äußeres

Die von der rot-grün-gelben Bundesregierung proklamierte „feministische Außenpolitik“ lehnen wir ab. Deutsche Außenpolitik hat sich am Völkerrecht und am Grundgesetz zu orientieren, welches "Gleichberechtigung", nicht "Gleichstellung" postuliert. Zu den geschützten Menschenrechten gehören selbstverständlich auch Frauenrechte. Ideologische Etiketten sind kein geeigneter Maßstab für die deutsche Außen- oder Entwicklungspolitik.

Frauenrechte sind integraler Bestandteil der universellen Menschenrechte gemäß der UNO-Charta und UNO-Menschenrechts-Erklärung. Der heroische Kampf der Frauen in Belarus, im Iran, in Saudi-Arabien und in anderen autoritär regierten Ländern um die Würde, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Frauen verdient vorbehaltlose Anerkennung und Unterstützung, ohne dass er einer Etikettierung als „feministisch“ bedarf.

In der Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gibt es seit Jahrzehnten erfolgreiche Frauenprojekte, ohne dass ein "Neuanfang" unter grün-rotem ideologischem Etikett geboten oder hilfreich wäre. Wir sollten uns hüten, andere Länder und Kulturen durch Vorgaben nach unseren tagespolitischen Maßstäben zu belehren und zu gängeln.

Der Terminus "feministisch" wird in vielen Teilen der Welt als ideologischer Kampfbegriff empfunden, was anti-deutsche Vorbehalte generiert und damit unseren nationalen Interessen schadet. Wir werden nicht mehr ernst genommen, wenn das Baerbock-Ministerium z.B. seinen Diplomaten die Teilnahme an Paneldiskussionen verbietet, nur weil auf dem Podium die "Genderbalance" nicht berücksichtigt ist.

Der Auswärtige Dienst ist nach Grundgesetz und Beamtenrecht, wie der gesamte deutsche öffentliche Dienst, zuvörderst dem Leistungsprinzip verpflichtet, nicht den Lobbyinteressen einer Gruppe, die über die bereits bestehende Gleichberechtigung hinaus eine undefinierbare "Gleichstellung" für sich fordert. Formelle "Gleichstellung" bedeutet hier de facto eine verfassungswidrige Bevorzugung weiblicher Angehöriger des höheren Dienstes und eine gesetzwidrige Diskriminierung ihrer männlichen Kollegen allein aufgrund des Geschlechts statt ihrer Leistung.

Leistung hat kein Geschlecht.

Fähige Diplomatinen sind für ihr Fortkommen nicht auf Quoten angewiesen; im Gegenteil: Quotenbeförderungen sind für sie ein Ärgernis und ein Stigma.

Statt einer "feministischen" braucht Deutschland dringend eine professionelle Außenpolitik, die den Interessen unseres Landes dient.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

FREIHEIT. WOHLSTAND. SICHERHEIT.